

2008-06-18

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haushaltsausschusses - gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses und des Finanzausschusses am 13.05.2008

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:25 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens
Trocha, Harald

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Giese-Rehm, Stefan
Schmidt, Holger Dr.

Fraktion der FDP

Maloszyk, Rainer

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Bönecke begrüßte die Mitglieder und Gäste der Sitzung des Haushaltsausschusses, stellte die form- und fristgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Bezug nehmend auf die Tagesordnung erklärte Herr Bönecke, dass der TOP 3 – Genehmigung der Niederschrift vom 16.04.2008 – von der Tagesordnung genommen werden müsse, da diese momentan noch nicht vorliege. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich dementsprechend nach oben.

Im Weiteren wurde die Tagesordnung in der geänderten Form einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Hauptausschuss: 8/0/0 – einstimmig

Finanzausschuss: 9/0/0 - einstimmig

3. Öffentliche Anfragen und Informationen

Es wurden keine öffentlichen Anfragen und/oder Informationen vorgebracht.

4. Öffentliche Beschlussfassungen und Informationen**4.1. Haushaltssatzung 2008 Haushaltsplan 2008 Finanzplan 2008 Stellenplan 2008**

Vorlage: DR/BV/143/2008/II-20

Das Wort wurde an Frau Nußbeck erteilt.

Frau Nußbeck wies auf den ausliegenden Energiebericht für das Jahr 2007 hin. Im Weiteren liege ein Auszug aus dem Protokoll der Niederschrift des Haushaltsausschusses am 08.05.2008 den Unterabschnitt 46100 - Wohnheim für Auszubildende, Randelstraße 6-12 betreffend und die dazugehörige Darstellung des Fachamtes bezüglich verschiedener Anfragen vor. Im Übrigen, so Frau Nußbeck weiter, sei zur heutigen Sitzung der Sachgebietsleiter Informations- und Kommunikationssysteme anwesend, um Ausführungen zum aktualisierten DV-Konzept zu machen.

Das Wort wurde an Herrn Herbst für Erläuterungen zum DV-Konzept 2008 erteilt. Die für die Erläuterungen vorbereiteten Unterlagen werden der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Bezug nehmend auf die Ausführungen erfragte Herr Bähr die Anzahl der Administratoren im Bereich Datenverarbeitung. Herr Herbst führte aus, dass der Bereich Datenverarbeitung insgesamt aus 22 MitarbeiterInnen bestehe, wozu auch 5 Telefonistinnen zählen. Der Bereich habe 4 Administratoren und die restlichen MitarbeiterInnen seien Projektbetreuer.

Frau Storz nahm Bezug auf die Vielzahl an verschiedener Soft- und Hardware und damit verbundene Vielzahl der bestehenden Wartungs- und Betreuungsverträge. Sie erbat einen Gesamtüberblick der bestehenden Verträge und eine Darstellung, welche Möglichkeiten der Zusammenfassung bzw. der Kündigung es gebe. Sie sehe in der Reduzierung der verschiedenen Anbieter eine Möglichkeit der Reduzierung des Aufwandes. Herr Herbst erklärte, dass es im Bereich Vertragswesen genaue Untersuchungen geben werde, dies in den letzten Jahren aufgrund der Vielzahl der zu betreuenden Projekte leider etwas in den Hintergrund trat. Die Notwendigkeit werde auch von Seiten der Verwaltung gesehen und nach Abschluss der Neuordnung des Bereiches Datenverarbeitung werde diese Aufgabe angegangen, so dass wunschgemäß ein Gesamtüberblick im Finanzausschuss vorgelegt werden könne.

Herr Schönemann erklärte, dass er eine Aktualisierung des DV-Konzeptes unter dem Gesichtspunkt der Fusion der Städte Dessau und Roßlau begrüße. Über diesen Weg erreiche man eine Optimierung, über Kurz oder Lang auch in Bezug auf das Personal.

Andererseits sollte auch eine Darstellung erfolgen, welche Bedarfserweiterungen zukünftig aufgrund gesetzlicher Vorgaben erforderlich seien. Im Weiteren erfragte Herr Schönemann die zeitliche Vorstellung der Verwaltung hinsichtlich einer Darstellung des aktualisierten Konzeptes. Herr Herbst erklärte, das aktualisierte Konzept in Vorbereitung der Haushaltsplanung für das Jahr 2009 Ende 2008 vorlegen zu können.

Frau Ehlert erklärte, dass sie fest davon ausgehe, über den Haushalt 2009 Ende diesen Jahres zu beraten und in diesem Zuge sollte man im Finanzausschuss ebenfalls das aktualisierte DV-Konzept vorlegen.

Herr Dreibrodth erfragte die Gründe dafür, weshalb eine Betrachtung der Verträge bis heute nicht vorgenommen wurde. Frau Nußbeck erklärte, dass dies aufgrund der Priorität der Herstellung der Arbeitsfähigkeit der Verwaltung nach der Fusion im vergangenen Jahr in den Hintergrund treten musste. Die Einrichtung des Technischen Rathauses und die Ausrüstung der MitarbeiterInnen des Landkreises Anhalt-Zerbst mit entsprechender Technik, die selbst keine DV-Technik mitgebracht haben, standen im Vordergrund. Eine Optimierung des Vertragswesens sei ohne Frage eine der demnächst anstehenden wichtigen Aufgaben, könne aber erst mit der Planung für den Haushalt 2009 vorgenommen werden. Herr Dreibrodth unterstrich die Dringlichkeit einer zeitnahen Optimierung des Vertragswesens und forderte auch seinerseits ein entsprechendes aktualisiertes Konzept in Vorbereitung der Haushaltsplanung 2009.

4.1.1. Verwaltungshaushalt 2008 - Einzelpläne 5 - 9

Zur Vorgehensweise schlug Herr Bönecke analog der zurückliegenden Sitzung vor, die Einzelpläne und die dazugehörigen Haushaltskonsolidierungsvorschläge gemeinsam zu behandeln. Dem wurde zugestimmt.

Einzelplan 5 – Gesundheit, Sport, Erholung Verwaltungshaushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept

Unterabschnitt 55000 – Amt für Kultur, Tourismus und Sport

Frau Storz nahm Bezug auf die hohe Differenz zwischen Einnahmen in Höhe von 13.400,00 EUR und Ausgaben in Höhe von 770.400,00 EUR. In Anknüpfung an die Diskussion in der letzten Sitzung am 08.05.2008 zur Thematik Museumsverbund und dem Hinweis auf das Vorhandensein eines Museumskonzeptes und diesbezüglich gefasster Beschlüsse sei es dringend erforderlich, so Frau Storz, den Stand der Umsetzung zu prüfen. Dies sollte Gegenstand einer der nächsten Sitzungen des Finanzausschusses sein und Aussagen zu finanziellen und strukturkonzeptorischen Aspekten enthalten:

- Welche Strukturen, die Bestandteil des Museumskonzeptes seien, seien bereits umgesetzt?
- Welche Strukturen seien noch nicht umgesetzt? Wann werden diese umgesetzt unter Angabe von Terminen?

Im Weiteren regte Frau Storz im Hinblick auf die beabsichtigte Bildung eines Regiebetriebes an, einen Ausblick zu geben, in wie weit weitere Schritte darüber hinaus möglich seien, d. h. eine Rechtsform zu wählen, die den städtischen Haushalt entlaste.

Herr Schönemann ergänzte, dass die Thematik Eigenbetrieb nach wie vor aktuell sei. Diesbezüglich sehe er nach wie vor die Bemühungen der Verwaltung dahingehend erforderlich, um die Eigenverantwortung der Verwaltung im Umgang mit öffentlichen Mitteln zum Thema Kultur zu bündeln und zu präzisieren. Die Thematik wurde erschöpflich diskutiert und es sei möglich zu qualifizieren.

Herr Bönecke unterbrach an dieser Stelle die Ausführungen mit dem Hinweis darauf, dass diese Problematik dem Einzelplan 3 zuzuordnen sei.

Haushaltskonsolidierungsvorschlag Nr. 5013

Frau Ehlert erfragte, inwieweit das bis zum 30.06.2008 zu erarbeitende Sportstättenkonzept auch dem Finanzausschuss vorgelegt werde.

Das Wort wurde an Herrn Hirsch erteilt.

Herr Hirsch erklärte, dass ein erster Entwurf des Sportstättenentwicklungskonzeptes bis zum 30.06.2008, spätestens Mitte Juli 2008 vorliegen werde. Aufgrund des Umfangs bedarf es dann einer Entscheidung zur weiteren Vorgehensweise.

Frau Nußbeck ergänzte, dass aus Ihrer Sicht der Termin 30.06.2008 nicht gehalten werden könne. Insofern sei dies aber nicht schädlich, da somit der zum 01.07.2008 gewählte neue Beigeordnete für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur die Gelegenheit habe, sich hier mit einzubringen.

Bezug nehmend auf die Anfrage von Frau Ehlert erklärte Herr Bönecke, dass darum gebeten werde, in Vorbereitung der Haushaltsplanung für das Jahr 2009 das Sportstättenentwicklungskonzept dem Haushaltsausschuss vorzulegen.

Zum Einzelplan 5 wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 6 – Bau- und Wohnungswesen, Verkehr Verwaltungshaushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept

Unterabschnitt 66000 – Bundesstraßen

Herr Dr. Weber erfragte zum Haushaltsansatz 51006 – Unterhaltung Radwege – i. H. v. 5.200,00 EUR, welchen Radweg dies betreffe.

Frau Jung, Abteilungsleiterin im Tiefbauamt, erklärte, dass hierzu keine Aussage möglich sei. Im Wesentlichen finden sich diese Mittel immer dort wieder, wo Gefahr im Verzug sei, Schwerpunkte beseitigt werden müssen.

Diesbezüglich wies Herr Dr. Weber darauf hin, dass der Zustand des Radweges Albrechtstraße der Kategorie Gefahr im Verzug entspreche und hier dringender Handlungsbedarf bestehe. Er bitte um Berücksichtigung dieses Radweges bei der Planung.

Haushaltskonsolidierungsvorschlag Nr. 6015 – Wasserläufe, Wasserbau

Frau Ehlert erfragte die Hintergründe bzw. die Auswirkungen dieses Vorschlages zur Erzielung zusätzlicher Einnahmen durch die Umlage der Ausgaben an die Wasser- und Bodenverbände auf die Eigentümer.

Frau Wirth, Amtsleiterin des Amtes für Stadtfinanzen, erklärte, dass dieser Vorschlag nicht mehr Bestandteil des Konsolidierungskonzeptes sei. Zur Erklärung sei zu sagen, dass die Stadt ihre Wasserläufe durch den Wasser- und Bodenverband unterhalten lasse und dieser für die Unterhaltung eine Umlage von der Stadt erhebe. Die Stadt müsse nach Wassergesetz nur für die grundsteuerpflichtigen Flächen zahlen. Bisher war es den Unterhaltungsverbänden jedoch nicht möglich, die betreffenden Flächen konkret mitzuteilen. Vorgesehen war, diese Umlage auf diese grundsteuerpflichtigen Flächen umzulegen. Die Ermittlung der grundsteuerpflichtigen Flächen jedes Grundstückes sei sehr aufwendig, so dass eine direkte Erhebung derzeit nicht machbar sei.

Herr Dr. Weber bezog sich diesbezüglich auf die Einsparung von 77.000,00 EUR Personalkosten und erfragte, was mit diesem eingesparten Personal geschehe.

Frau Nußbeck erklärte, dass man hier unterscheiden müsse. Zum einen werde dieser Personalabbau nicht aufgrund des Aufgabenverzichts vorgenommen, sondern im Zuge der Haushaltskonsolidierung planmäßig abgebaut. Zum anderen erzeuge die Aufgabe an sich, so Frau Nußbeck weiter, zusätzlichen Aufwand. An dieser Stelle tue es Dessau-Roßlau vergleichbaren großen Städten gleich und verzichte auf diese Einnahmen, da der Aufwand momentan noch in keinem Verhältnis stehe.

Unterabschnitte 60000, 60100 und 60200

Herr Bönecke nahm Bezug auf die in Ansatz stehenden Bewachungskosten und gestiegenen Versicherungsbeiträge und erfragte die Gründe für die Steigerungen.

Frau Wirth erklärte, dass die gestiegenen Kosten für die Bewachung ursächlich mit dem Objekt Technisches Rathaus zusammenhängen. Bezüglich der Versicherungsbeiträge handele es sich um eine Umverteilung innerhalb der städtischen Objekte.

Herr Schönemann erinnerte an dieser Stelle an die Darstellung der fusionsbedingten Kosten und Effekte. Frau Nußbeck versicherte, dass daran bereits gearbeitet werde.

Unterabschnitt 61000 – Stadtplanungsamt,

Gruppierung 60001 – Sachausgaben Quartiers- und Verfahrensmanagement Soziale Stadt

Herr Bönecke erfragte die Gründe für den Aufwuchs um 53.300,00 EUR.

Herr Schmieder, Amtsleiter des Bauverwaltungsamtes, erklärte, dass den Ausgaben Einnahmen aus Zuweisungen vom Land für Soziale Stadt i. H. v. 37.300,00 EUR gegenüberstehen. Der Restbetrag sei der Eigenanteil.

Unterabschnitt 61300 – Bauordnungsamt

Gruppierung 65500 – Statikprüfung

Zu den Gründen für den Aufwuchs von Herrn Bönecke befragt erläuterte Herr Schmieder, dass es sich hierbei um einen sog. Durchlaufposten handele. Die Ausgaben seien durch Einnahmen aus Gebühren in voller Höhe gedeckt.

Herr Pätzold nahm an dieser Stelle Bezug auf den zur heutigen Sitzung ausgelegten Energiebericht.

Aufgrund dessen, dass zur Thematik Energiemanagement ein Haushaltskonsolidierungsvorschlag bestehe werde darum gebeten, eine Auswertung des vorliegenden Berichtes in einer der nächsten Finanzausschusssitzungen zu thematisieren. Frau Nußbeck sagte dies zu.

Unterabschnitt 60200 – Tiefbauamt

Gruppierung 16900 – Innere Verrechnung – Verwaltungskosten

Auf die Anfrage von Herrn Dreibrodt zu den Hintergründen dieses Haushaltsansatzes erklärte Frau Wirth, dass innere Verrechnungen im Haushalt in den Bereichen abgebildet werden, wo das zum Nachweis der Gebührenkalkulation oder aus steuerlichen Gründen erforderlich sei. Bezüglich der erfragten Position können momentan keine erschöpflichen Aussagen gemacht werden. Die Begründung für diesen Ansatz werde nachgereicht, so Frau Wirth.

Weitere Anfragen wurden zum Einzelplan 6 nicht vorgebracht.

Einzelplan 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung Verwaltungshaushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept

Unterabschnitt 72100 – Müllabfuhr

Gruppierung 60000 – Tierkörperbeseitigung

Frau Ehlert erfragte den Grund für den Aufwuchs bei diesem Ansatz. Herr Schuchardt, Sachbearbeiter im Gesundheitsamt, erklärte, dass sich der für alle Kommunen zugrunde gelegte Schlüssel für die Berechnung der Kosten im Jahr 2006 geändert habe, konnte aber nicht mehr wirksam werden.

Unterabschnitt 70010 – Öffentliche Toiletten Roßlau

Auf die Anfrage von Herrn Dr. Weber erklärte Frau Wirth, dass die Kosten für die Betreibung der Dessauer Öffentlichen Toilette Vertragsbestandteil mit der Deutschen Städtereklame seien.

Unterabschnitt 79100 – Förderung von Wirtschaft und Verkehr

Frau Storz erfragte, wie eine Stadt mit einem Haushaltsansatz von 0,00 EUR ein wirkungsvolles Stadtmarketing betreiben könne.

Frau Wirth erklärte, dass die Stadt das Stadtmarketing mit der Bereitstellung von Personalausgaben, weniger durch Sachausgaben fördere.

Frau Nußbeck fügte ergänzend hinzu, dass es bezüglich des Stadtmarketing den Auftrag gebe zu prüfen, in wie weit die vielen einzelnen Positionen, die sich im Bereich Stadtmarketing durch den Haushalt ziehen, zu bündeln seien.

Herr Dr. Weber griff diesen Hinweis auf und erklärte, dass dieser Auftrag vor 4 Monaten erteilt wurde und bisher noch kein Ergebnis vorgelegt wurde. Diesbezüglich sei eine objektive Betrachtung der Thematik momentan nicht möglich. Der Wirtschaftsausschuss habe das Problem der Mittelsplittung erkannt, für eine Entscheidung zur Optimierung seien die Zahlen der Verwaltung erforderlich. Ein weiterer Prüfauftrag bestehe hinsichtlich der Gründung einer Stadtmarketinggesellschaft.

Das Ergebnis der Prüfung sei für Juni dieses Jahres avisiert. Schlussendlich, so Herr Dr. Weber, können mögliche Ergebnisse und/oder Entscheidungen in den Haushalt 2008 nicht mehr einfließen.

Herr Schönemann ergänzte, dass es sich nicht um einen neuen Prüfauftrag handele. Bereits in 2004 habe der Stadtrat der Verwaltung einen entsprechenden Handlungsauftrag in Richtung Stadtmarketing erteilt. Es sei nun an der Zeit, Aufwand und Ergebnis im Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung im Konkreten darzustellen. Die Zahlen des Haushaltsplanes seien dazu ungeeignet.

Frau Storz machte unter Bezugnahme auf die Haushaltsplanung für das Jahr 2009 dringend darauf aufmerksam, dass der Bereich Stadtmarketing einer unbedingten Aufwertung und somit finanziellen Untersetzung bedarf, da sich die Verwaltung sonst die Strukturen in diesem Bereich nicht leisten könne.

Unterabschnitt 79100 – Förderung von Wirtschaft und Verkehr

Gruppierungen 71700, 71810 – Zuschuss an Qualifizierungsträger (Hilfen für Existenzgründer) und 71820 – Zuschüsse an Existenzgründer

Herr Bönecke erfragte, was sich hinter diesen Ansätzen, die den gleichen Verwendungszweck haben, verberge.

Frau Nußbeck erklärte, dass diese Ausgaben zu 100 % durch Einnahmen gedeckt seien und zwar durch 17110 – Zuweisung vom Land für Hilfen zur Existenzgründung.

Frau Kirchner erläuterte zur Verwendung der Mittel, dass es sich in diesem Jahr um die Umsetzung der Existenzgründerrichtlinie Qualifizierung von Beschäftigten in Unternehmen vor und nach der Selbständigkeit handele. Frau Wirth ergänzte, dass die Unterscheidung der Ansätze 71700 und 71810 haushalterische Gründe habe und mit der Art des Qualifizierungsträgers, zum einen privat rechtlich und zum anderen Vereine und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, in Zusammenhang stehe.

Unterabschnitt 79200 – Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Herr Dr. Weber erfragte Bezug nehmend auf den Ansatz Gruppierung 65530 – Tarifkooperation Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, weshalb für 2008 keine Mittel mehr eingestellt seien.

Frau Jung, Abt.-Leiterin im Tiefbauamt, erklärte, dass an der Tarifkooperation weiter gearbeitet werde und diesbezügliche weitere Abstimmungsgespräche stattfinden. Der Grund für den fehlenden Ansatz liege sicher darin begründet, dass für das Jahr 2008 seitens der Stadt kein Finanzbedarf vorliege.

Im Weiteren erfragte Herr Dr. Weber die Begründung für die Ansätze Gruppierung 71700 – Zuschuss an private Unternehmen für ÖPNV und im Einzelplan 8 71520 – Zuschuss an DVG für ÖPNV.

Frau Jung erläuterte, dass die Betreuung des ÖPNV, d. h. Straßenbahn und alle Stadtbuslinien in der Stadt Dessau-Roßlau durch die DVG vorgenommen werde. Das Busunternehmen Müller betreibe gemeinsam mit der DVG die Linie 127 zwischen Dessau und Roßlau und die anteiligen Kosten werden somit auf das private Unternehmen umgelegt.

Herr Dr. Weber erfragte abschließend, wann die Linienverkehrsgenehmigungen zur Ausschreibung anstehen.

Frau Jung erklärte, dass zum Juli 2009 die erteilten Genehmigungen für die Buslinien auslaufen und bis zu diesem Zeitpunkt die Ausschreibung abgelaufen sein müsse.

Unterabschnitt 73100 – Weihnachtsmarkt Roßlau

Herr Bönecke erfragte, aus welchem Grund der Weihnachtsmarkt in Roßlau analog dem in Dessau nicht privat betrieben werde.

Frau Nußbeck erklärte, dass diese Anfrage als Prüfauftrag für die Verwaltung mitgenommen werde.

Herr Bönecke bat dringend darum, eine Privatisierung des Roßlauer Weihnachtsmarktes für 2009 vorzubereiten.

Zum Einzelplan 7 wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 8 – Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen

Verwaltungshaushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept

Unterabschnitt 88010 - Gaststätten

Frau Ehlert nahm Bezug auf in zurückliegenden Sitzungen des Finanzausschusses zur Thematik Auslaufen von Gaststättenpachtverträgen bereits getroffenen Aussagen seitens der Verwaltung und erfragte diesbezüglich den aktuellen Abarbeitungsstand bzw. Aussagen zur weiteren Vorgehensweise.

Frau Nußbeck sagte zu einem der nächsten Sitzungen des Finanzausschusses eine aktuelle Darstellung zu.

Unterabschnitt 81710 – Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH

Frau Storz erfragte bezüglich des Ansatzes 22000 – Konzessionsabgaben, ob es sich hier um Einnahmen von envia Roßlau für die Beteiligung handele. Frau Nußbeck erklärte, dass es sich hierbei um die Konzessionsabgabe der DVV an die Stadt Dessau-Roßlau handele. Frau Wirth ergänzte, dass die Konzessionsabgaben envia in den Unterabschnitten 81000 – Elektrizitätsversorgung, Gruppierung 22000 und 81300 – Gasversorgung, Gruppierung 22000 dargestellt seien.

Frau Storz erfragte weiter, ob diese Einnahme der DVV mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept, Vorschlag Nr. 8001, korrespondiere.

Frau Wirth erklärte, dass dem nicht so sei, da im Haushaltskonsolidierungskonzept von Gewinnen die Rede sei. Bei der Konzessionsabgabe handele es sich um Entgelte, die an Städte für die Einräumung des Rechts zur Benutzung öffentlicher Verkehrswege abgegeben werden müsse.

Haushaltskonsolidierungskonzept, Einsparvorschlag 8008 Schaffung einer sinnvollen Rechtsform (Bauhaus Gebäude)

Frau Ehlert erfragte, mit der Vorlage eines Konzeptes bis zum 31.12.2008 zu rechnen sei. Frau Nußbeck erklärte, dass die Frage momentan nicht zu beantworten sei, eine Beantwortung in einer der nächsten Sitzungen des Finanzausschusses erfolge.

Haushaltskonsolidierungskonzept, Einsparvorschlag 8009
Errichtung eines zentralen Facility-Managements

Frau Ehlert erfragte diesbezüglich den aktuellen Stand der Abarbeitung mit Ausblick auf mögliche Auswirkungen für das Jahr 2009.

Herr Bekierz, Amtsleiter Grundstücks- und Gebäudemanagement, erklärte, dass an der Erfüllung des Einsparvorschlages bereits gearbeitet werde. So gebe es durch verschiedene Ämterfusionen bereits erste Effekte. Dennoch, so Herr Bekierz, sei eine nachhaltige Wirkung, Transparenz und Arbeitsfähigkeit erst mit der Vorlage doppischer Zahlen zu erwarten.

Zum Einzelplan 8 wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 9 – Allgemeine Finanzwirtschaft
Verwaltungshaushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept

Unterabschnitt 90000 – Steuern, allgemeine Zuweisungen

Frau Ehlert nahm Bezug auf die Entwicklung der Gewerbesteuer und erbat aktuelle Informationen über die Gewerbesteuereinnahmen Rodleben, Roßlau und Dessau für das Jahr 2007. Frau Nußbeck sagte eine entsprechende Information in einer der nächsten Sitzungen des Finanzausschusses zu.

Eine weitere Anfrage von Frau Ehlert bezog sich auf die Gruppierung 06110 – Jugendpauschale. Sie erfragte in wie weit alle Ansätze, die sich aus der Fusion ergeben, Berücksichtigung gefunden haben. Frau Nußbeck bejahte dies und erklärte, dass sich der Ansatz nur um den Anteil der Roßlauer erhöht habe.

Herr Dreibrodth nahm Bezug auf die Darstellung der Einnahmen bei der Gewerbesteuer und erfragte, woraus die Erhöhung des Ansatzes gegenüber 2007 resultiere.

Frau Nußbeck erklärte, dass sich der Ansatz für 2008 aus dem positiven Ergebnis des Jahres 2007 ergebe. Im Weiteren basiere dieser auf der Steuerschätzung November 2007 für 2008.

Unterabschnitt 91000 – Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
Gruppierung 80510 – Zinsen für Kassenkredite

Frau Ehlert erfragte, welche Maßnahmen unternommen werden können, um die Belastung des städtischen Haushaltes durch die Aufnahme von Kassenkrediten und damit die Belastung durch Zinsen für Kassenkredite zu minimieren.

Frau Nußbeck erklärte, dass die Höhe der Kassenkredite ein Abbild der Situation des Haushaltes der Stadt sei. Je höher das Haushaltsdefizit und die Summe der Soll-Fehl-Beträge, je höher sei die Last, die über Kassenkredite zwischenfinanziert werde. Wichtig sei, das laufende Defizit und damit die Soll-Fehl-Beträge abzubauen, um die Höhe der Kassenkredite und damit die Belastung durch die Zinsen zu minimieren.

Zum Einzelplan 9 wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Herr Bönecke übergab das Wort an Herrn Weber.

Herr Weber führte aus, dass mit dem Entwurf über den Haushalt 2008 ein nach Meinung der Fraktion der CDU von der Verwaltung solide vorbereiteter Haushalt vorgelegt wurde. Da ein radikalerer Weg zur Entlastung des städtischen Haushaltes, und das haben die vergangenen Haushaltsberatungen deutlich gezeigt, nicht die politische Mehrheit finde, so wolle die CDU-Fraktion mit 4 Anträgen politische Signale setzen. Es werde eingeschätzt, so Herr Weber weiter, dass diese 4 Anträge keine gravierenden Auswirkungen auf das vorliegende Gesamtpaket des Haushaltes 2008 haben werden. Herr Weber erklärte, dass folgende Anträge zum Haushalt 2008 gestellt werden (Die Anträge wurden in schriftlicher Form den Ausschussvorsitzenden übergeben):

1. Streichung der Kürzung beim Theater aus der Konsolidierungsliste

Begründung:

Mit der Streichung des Konsolidierungsbetrages i. H. v. 300.000,00 EUR soll ein klares Signal zur Unterstützung des Stadtrates an das Anhaltische Theater Dessau vor dem Hintergrund der aktuellen Tarifdiskussionen und dem Amtsantritt des neu gewählten Intendanten sein.

Da der Konsolidierungsvorschlag erst ab dem Haushaltsjahr 2009 greifen würde, wird die Verwaltung beauftragt, bis zur Vorlage des Haushaltsentwurfs 2009 Kompensationsvorschläge zu unterbreiten, die dazu führen, dem Theater die im Haushaltskonsolidierungskonzept zunächst abverlangten jährlich 400.000,00 EUR Einsparung zu belassen. (Der Text wurde dem schriftlich übergebenen Antrag entnommen.)

2. Einstellung von zusätzlichen 42.000,00 EUR für die Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchsgewinnung für die Freiwilligen Feuerwehren

Begründung:

Bei einigen Freiwilligen Feuerwehren liege die Anzahl der aktiven Kameradinnen und Kameraden bereits an der Grenze zur Sicherung der Einsatzfähigkeit. Dies sei aus sicherheitspolitischen Gründen, aber auch aus gesellschaftspolitischer Sicht nicht zu vertreten.

Die Verwaltung stellt zunächst 5.000,00 EUR für Maßnahmen der Nachwuchsgewinnung bei den Freiwilligen Feuerwehren in den Haushalt 2008 ein. Darüber hinaus unterbreitet sie kurzfristig Vorschläge, wie Kinder und Jugendliche der FFW durch Eintrittsvergünstigungen in städtischen Einrichtungen gefördert und motiviert werden können. Sie unterbreitet bis zur Haushaltsdebatte 2009 Vorschläge, wie Mitglieder der FFW bei der Erlangung von Führerscheinen gefördert werden können. Auch wird die Stadt Dessau-Roßlau kurzfristig durch Tage der offenen Tür attraktive Werbeveranstaltungen zur Anwerbung von Kindern und Jugendlichen für den Dienst in den FFW organisieren. Die Verwaltung wird die Gesamtsumme der Förderung in Höhe von 42.000,00 EUR durch v. g. Maßnahmen, Budgets der Ortschaftsräte, Sponsorenleistungen spätestens ab dem Haushalt 2010 jährlich erbringen. (Der Text wurde dem schriftlich übergebenen Antrag entnommen.)

3. Einstellung von 85.000,00 EUR zur Seniorenförderung

Begründung:

In den vergangenen Jahren wurde die Betreuungsarbeit für Senioren zu Gunsten der Jugendförderung zurückgestellt. Aus der demografischen Entwicklung sei aber abzulesen, dass die Senioren die Hauptbevölkerungsgruppe sei. In der Hauptsache erfolge die Seniorenarbeit durch ehrenamtliche Vereine, die es aufzuwerten gelte.

Die Verwaltung werde beauftragt, eine Bedarfsanalyse für Seniorenangebote in ganz Dessau-Roßlau zu erstellen. Hierbei ist durch das Sozialamt bis zur Vorlage des Haushaltes eine Studie zu erstellen, wo in der Stadt Angebote für Senioren fehlen und welche Mittel benötigt werden, um die Angebotslücken zu schließen. Es sind durch die Verwaltung Vorschläge zu unterbreiten, wie ein Teil dieser zusätzlichen Mittel für die Seniorenarbeit als Einstieg in die Budgeterteilung an die Ortschaftsräte geleitet werden kann. Die Stadt Dessau-Roßlau wird damit erstmals allen Ortschaftsräten Budgetrecht gewähren. (Der Text wurde dem schriftlich übergebenen Antrag entnommen.)

4. Einstellung von zusätzlich 85.000,00 EUR für die Vereinstätigkeit im Breiten- und Spitzensport

Begründung:

Die zusätzliche finanzielle Unterstützung von Sportvereinen ist ein erster Schritt im Rahmen der Hilfe zur Selbsthilfe zu einem gesundheitsbewussteren Leben mit mehr Bewegung und gibt Unterstützung mit einer gezielteren Förderung durch kommunale Zuschüsse. Dabei leisten gerade die Sportvereine größtenteils ehrenamtlich eine enorme Arbeit. Die Vereinsmitglieder sind in ihr soziales Umfeld in ihrer Nachbarschaft stark integriert. Die Sportanlagen der Vereine sind meist gut erreichbar und Eltern wissen ihre Kinder in guter Betreuung und in guten Händen. (Der Text wurde dem schriftlich übergebenen Antrag entnommen.)

Herr Weber machte im Folgenden nachfolgend genannte Finanzierungsvorschläge:

1. Veräußerung aller Wochenendgrundstücke, die sich im Besitz der Stadt befinden.
2. Zielgerichtete Vergabe in der Holzwirtschaft in den städtischen Wäldern.
3. Verzicht von Zukauf von Baumsetzlingen für Ausgleichspflanzungen durch Entnahme von Baumsetzlingen aus den städtischen Wäldern.
4. Veräußerung von Industrie- und Gewerbeflächen Junkalor.
5. Veräußerung aller noch im Besitz der Stadt befindlichen Wohnhäuser.
6. Neubau eines Stadtmuseums, um die Kosten für die Betreuung des bisherigen Gebäudes einzusparen.
7. Einsparungen aus der Doppik durch die Produktebildung.

Frau Nußbeck erklärte, dass die gemachten Finanzierungsvorschläge einer genaueren Betrachtung bedürfen, zumal einige der Vorschläge bereits Bestandteil des Haushaltskonsolidierungskonzeptes seien. Herr Weber stimmte dem zu und machte deutlich, dass die Verwaltung die entsprechenden Prüfaufträge erhalten habe, die vorgeschlagenen Deckungspotentiale zu prüfen und zu erbringen. Aufgabe des Stadtrates sei es, politische Signale zu setzen und mit den eingebrachten Anträgen werde er seiner Verantwortung auch gegenüber den besonderen Bevölkerungsgruppen gerecht.

Herr Dr. Weber erklärte, dass er diese Vorschläge mit in seine Fraktion nehmen werde. Positiv sei, dass Finanzierungsvorschläge gemacht wurden, wobei er persönlich den Einzelvorschlägen vor dem Hintergrund der Haushaltssituation nicht zustimmen könne. Hier werde das Theater aus der Pflicht genommen zu sparen, was vor dem Hintergrund des Kostenaufwuchses beim Vorhaben Altes Theater nicht zu akzeptieren sei. Die Finanzierung der Vorschläge sei seiner Meinung nach nicht nachhaltig und bedürfe einer genaueren Betrachtung.

Herr Dr. Weber führte Bezug nehmend auf den Vorschlag die Freiwilligen Feuerwehren betreffend aus, dass diese Thematik ohne Zweifel sehr wichtig sei. Dennoch sei dies vor dem Hintergrund eines bereits erteilten Prüfauftrages die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der gesamten Stadt betreffend seiner Meinung nach der falsche Weg.

Der Vorschlag die Seniorenarbeit betreffend, so Herr Dr. Weber weiter, scheine sinnvoll zu sein, wobei hier dargestellt werden müsse, wofür diese zusätzlichen Mittel verwendet werden.

Herr Bönecke erklärte, dass er den Ausführungen des Herrn Dr. Weber zum Vorschlag das Theater betreffend zustimme. Auch er sehe das Theater in der Pflicht und bezog sich dabei ebenfalls auf das Alte Theater. Er sehe in diesem Vorschlag ebenfalls ein Steuerungsinstrument, welches der Stadtrat nicht aus der Hand geben sollte.

Den Vorschlag die Freiwilligen Feuerwehren betreffend finde vom Grundsatz her seine Zustimmung, so Herr Bönecke weiter. Dennoch halte er den Betrag von 42.000,00 EUR für reine Öffentlichkeitsarbeit für überzogen, wenn man einzelne Positionen des Haushaltes, die sehr geringe Mittel für Öffentlichkeitsarbeit enthalten, dagegenstelle.

Unter Bezugnahme auf die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Seniorenarbeit erklärte Herr Bönecke, dass man hier zwei Sachen betrachten müsse. Zum einen habe der Seniorenanteil in der Stadt, wie durch Herrn Weber bereits ausgeführt, zugenommen. Diesbezüglich müsse man sagen, dass sich in der Vergangenheit hauptsächlich die Jugendarbeit betrachtet wurde. Dies habe in Bezug auf die Verhinderung der Überalterung der Stadt selbstverständlich eine gewisse politische Lenkungswirkung. Im Vorfeld der Diskussion zu diesem Vorschlag sei es wichtig zu wissen, welche Mittel seitens der Stadt für Seniorenarbeit im Sinne von Einnahmereduzierungen insgesamt aufgewendet werden.

Herr Weber nahm Bezug auf die Ausführungen das Anhaltische Theater betreffend und machte deutlich, dass dies einer dringenden Entlastung bedarf. Dies müsse man vor dem Hintergrund betrachten, dass das Theater einer der wesentlichen Werbeträger für die Region sei und letztlich Wirtschaftsförderung betreibe. Hier müsse ein Signal an das Theater gesandt werden, um beispielsweise die Verhandlungen mit dem Land zu erleichtern. Im Weiteren nahm Herr Weber Bezug auf die Ausführungen die Höhe der Mittel betreffend und machte deutlich, dass diese Diskussionsgrundlage seien. Letztlich aber sollte man sich dazu bekennen, da der Stadtrat nicht nur als Bedenkenträger fungieren, sondern sich ebenfalls mit ausgefeilten Vorschlägen einbringen sollte. Er verlieh diesbezüglich der Überzeugung Ausdruck, dass die Verwaltung in der Lage sein werde, diese Vorschläge in den Haushalt einzuarbeiten.

Herr Ehm erklärte Bezug nehmend auf die Ankündigung der Stadt, beim Anhaltischen Theater Kürzungen vorzunehmen und die diesbezüglich geführte öffentliche Diskussion, dass nicht nur das Theater, sondern die Stadt Schaden genommen habe.

Entscheidend sei, dass die Qualität dieses Hauses gesichert und gesteigert werden müsse, ansonsten werde der Schaden für die Stadt noch viel höher. Deshalb sehe er in diesem Vorschlag ein Zeichen dem Land aber auch der Öffentlichkeit gegenüber.

Den Vorschlag die Freiwilligen Feuerwehren aufgreifend machte Herr Ehm deutlich, dass eine Stärkung dieses Engagements als Anreiz dafür diene, dass wieder mehr junge Leute den Weg zu den Freiwilligen Feuerwehren finden. Die vorgeschlagene Summe betreffend relativiere sich diese, wenn man sie auf die Anzahl der Feuerwehren rechne. Auch hier sollte die Stadt ein Zeichen geben, um diesen Bereich wieder aufzuwerten.

Im Weiteren führte Herr Ehm bezüglich des Vorschlages zur Seniorenarbeit aus, dass die Gesamtsumme einen Einzelbetrag von 2,00 EUR pro Jahr ausmache. Vor dem Hintergrund der Vielfalt der Angebote für die Seniorenbetreuung in den Ortschaften und Vereinen sei dies ein doch recht geringer Betrag, so Herr Ehm, zumal der Großteil der Arbeit ehrenamtlich verrichtet werde.

Herr Schönemann erklärte, dass bezüglich der gestellten Anträge eine klare Analyse vorgenommen werden müsse, in wie weit sich dies rechne. Das Theater betreffend müsse betrachtet werden, wie sich das Land hierzu stelle.

An dieser Stelle erklärte Frau Nußbeck, dass das Theater aus zwei verschiedenen Töpfen gefördert werde, zum einen durch eine Förderung von Projekten und zum anderen durch die 50 : 50 Förderung Stadt : Land. Die Stadt habe eine höhere Förderung von Projekten beantragt. Insofern sei hier keine Automatik hinsichtlich möglicher Kürzungen durch das Land zu befürchten.

Herr Schönemann führte weiter aus, dass dies eine Sache der Darstellung sei. Wenn das aber bedeuten solle, die Gesamtqualität des Theaters zur Disposition zu stellen, so bestehe dringender Handlungsbedarf.

Der Vorschlag die Freiwilligen Feuerwehren betreffend, so Herr Schönemann weiter, sei von der Idee her mit zu tragen, in wie weit die Höhe der Mittel erforderlich sei, müsse abgeklärt werden. In jedem Fall sei Handlungsbedarf geboten, um zukünftig die Strukturen zu sichern.

In Bezug auf die Stärkung der Seniorenarbeit erklärte Herr Schönemann, dass dieses Thema generationengerecht betrachtet werden müsse. Der Bedarf in den verschiedenen Bereichen müsse gegenüber gestellt werden.

Was den Sport anbetreffe, so Herr Schönemann weiter, habe man in der Vergangenheit bereits mehrfach auf die Vorlage entsprechender Konzepte aufmerksam gemacht und nicht zu vergessen sei, dass eine Förderung nur durch den Nachweis qualifizierten Nachwuchses erfolgen sollte.

Herr Dreibrodt begrüßte die vorgebrachten Vorschläge der CDU-Fraktion. Er kritisierte diesbezüglich die Verwaltung, die vor dem Hintergrund eines unausgeglichene Haushaltes für Vorschläge aus der Politik Deckungsvorschläge erwarte. Das sei, so Herr Dreibrodt, alleinige Sache der Verwaltung. Bezüglich des Vorschlages zum Anhaltischen Theater sei er der Meinung, dass gegenüber den Angestellten Fairness gewaltet werden sollte. Die Angestellten der Stadtverwaltung habe man durch einen Tarifvertrag für drei Jahre vor Kündigung geschützt und Gleiches sollte den Angestellten des Theaters zugestanden werden. Dem Vorschlag in Bezug auf die Freiwilligen Feuerwehren werde uneingeschränkt zugestimmt, so Herr Dreibrodt. Die personelle Situation sei mehr als bedenklich, so wie auch bei der Freiwilligen Feuerwehr in Meinsdorf.

Weitere Erklärungen wurden nicht abgegeben.

Frau Nußbeck informierte allgemein über das weitere Vorgehen. Die Verwaltung schlägt vor, am 29.05.2008 eine außerplanmäßige Sitzung des Haushaltsausschusses im Anschluss an die Sitzung des Hauptausschusses durchzuführen, um die Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf vorabzustimmen, so dass der Beschluss über den Haushalt am 04.06.2008 durch den Stadtrat erfolgen könnte.

Dem Vorschlag wurde zugestimmt.

Haushaltskonsolidierungskonzept

Einsparvorschlag 8001 – Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH

Frau Storz beantragte, dass für die Jahre 2008, 2009 und 2010 mindestens 10 % der ursprünglich geplanten Gewinnabführung der DVV an die Stadt festgeschrieben werden. Zur Untersetzung schlägt Frau Storz vor, der DVV den Prüfauftrag zur Durchführung einer Strukturreform zu erteilen. Der Geschäftsführer der DVV, Herr Tobler, sollte im Rahmen eines der nächsten Finanzausschusssitzungen zum Haushalt 2009 zum Ergebnis Bericht erstatten.

Herr Schönemann nahm Bezug auf den Antrag und gab zu bedenken, dass die Einzelgesellschaften der DVV in ihrem Querverbund natürlich auch eine entsprechende Lösung empfehlen, da es in dieser Form funktioniere. Tiefgründig betrachtet tragen die Einzelgesellschaften das Gesamtkonstrukt des Konzerns DVV. Selbstverständlich, so Herr Schönemann weiter, lasse sich über eine Optimierung ein gewisses Einsparpotential frei lenken. Man müsse aber dabei darauf achten, dass das Gesamtgefüge nicht zur Disposition gestellt werde. Es sei nicht der Sache nicht dienlich, die Gesellschaften gegeneinander aufzuwiegen. Verlustbringer werden innerhalb des Konzerns durch Gewinne gestützt. Für diese Ausfälle müsse sonst im Regelfall die Stadt aufkommen.

Auf den Einwand von Frau Storz, dass die Bereiche Strom, Gas, Wasser, wie im vorliegenden Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau abzulesen sei, seit Jahren defizitär seien, erklärte Frau Nußbeck, dass der Personennahverkehr der Verlustbringer sei und die Gewinne aus den genannten Bereichen dorthin verschoben werden. Bei der Darstellung im Beteiligungsbericht handele es sich um die Verlustübernahme der anderen Bereiche des Konzerns.

Weitere Anfragen wurden nicht vorgebracht.

4.1.2. Haushaltskonsolidierungskonzept 2008 und Folgejahre Einzelpläne 5 - 9 Vorlage: DR/BV/142/2008/II-20

Diesbezügliche Anfragen wurden unter 4.1.1. mit behandelt.

4.1.3. Erster Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau

Frau Storz nahm Bezug auf die Darstellung zur DVV, hier die Bereiche Strom, Gas und Wasser. Dort seien die Gewinne ausgewiesen, die die Investitionen nicht decken. Durch innere Verrechnung werden Verlustbringer durch diese Gewinne ausgeglichen. Dennoch sei festzustellen, so Frau Storz weiter, dass die DVV insgesamt drastisch defizitär betrieben werden.

Insofern müsse man sich mit der Situation der DVV beschäftigen. Der Aufsichtsrat sollte sich dieser Problematik annehmen, vorab gestimmt mit dem Hauptausschuss. Der Beteiligungsbericht stelle diese Situation der DVV deutlich dar und wenn man dann noch das Haushaltskonsolidierungskonzept hinzuziehe, in dem die Gewinnabführung an die Stadt zugunsten des Verlustausgleichs innerhalb des Konzerns nicht erbracht werde, dann bestehe dringender Handlungsbedarf. Sie empfehle dringend, entsprechende Prüfaufträge an den Aufsichtsrat der DVV zu erteilen. Diese Entwicklung greife in die Haftbarmachung ein und dem müsse man entgegensteuern.

Herr Schönemann nahm Bezug auf die Ausführungen und erklärte, dass eine Prüfung der Eigenbetriebe- und Gesellschaften bereits durchgeführt werde, d. h. es werde nach den Ursachen für bestimmte defizitäre Bereiche geforscht. Die Politik sei in dieses Verfahren mit eingebunden. Möglicherweise werden diese Informationen innerhalb der Fraktionen nicht in ausreichendem Maße weiter transportiert. Dies sei aber eine fraktionsinterne Angelegenheit. Es gebe bereits eine Reihe von Gedanken, wie man dieser Entwicklung entgegenwirken könne. Konkrete Vorschläge folgen als nächster Schritt. Die Bedenken von Frau Storz, so Herr Schönemann weiter, seien zum Teil berechtigt, aber bereits erkannt und es werde an Lösungsansätzen gearbeitet.

Herr Weber erklärte, dass er die Bedenken von Frau Storz teile. Diesbezüglich habe er schon in der Vergangenheit in Bezug auf die DWG darauf aufmerksam gemacht. Es sei richtig, dass hier die Stadträte haftbar zu machen seien und aus diesem Grunde könne man nicht hinnehmen, dass das Kapital dieser Stadt gefährdet werde.

Frau Nußbeck griff die Ausführungen auf und erklärte, dass die Verwaltung noch in diesem Jahr die Beteiligungsrichtlinie vorzulegen. Diese Richtlinie enthalte verschiedene Vorschläge, die den Gesellschaftern mehr Einflussnahme auf die Unternehmen einräume. Momentan sei es teilweise leider so, dass es zwischen den Beschlüssen im Aufsichtsrat und den Beschlüssen der Gesellschafter Diskrepanzen gebe. Hier müsse man ansetzen und mit der Richtlinie werden Vorschläge diesbezüglich gemacht.

Frau Storz erfragte bezüglich Ihres gestellten Antrages das weitere Vorgehen dahingehend, wie die Informationen der derzeit erarbeiteten Studie allen zur Kenntnis gebracht werden. Frau Nußbeck erklärte, dass diese Studie Gegenstand in einer Stadtratssitzung sein werde. Mit einem Ergebnis werde noch im 1. Halbjahr 2008 gerechnet, so Frau Nußbeck.

Im Weiteren erbat Frau Storz für die zukünftige Behandlung des Beteiligungsberichtes die Anwesenheit der Geschäftsführer zur Beantwortung etwaiger Anfragen.

Frau Nußbeck nahm diesen Hinweis auf und sagte eine entsprechende Vorbereitung für die Diskussion zum Haushaltsplan 2009 zu.

Herr Weber erklärte bezüglich des Beteiligungsberichtes, dass die Verwaltung mit diesem Werk eine sehr umfassende und überzeugende Unterlage für die weitere Arbeit vorgelegt habe.

6. Schließung der Sitzung

Herr Bönecke, Vorsitzender des Finanzausschusses, und Herr Ehm, stellv. Vorsitzender des Hauptausschusses schlossen die Sitzung des Haushaltsausschusses um 19.25 Uhr.

Dessau-Roßlau, 18.06.08

Klemens Koschig
Oberbürgermeister und
Vorsitzender Hauptausschuss

Matthias Bönecke
Vorsitzender Finanzausschuss